

DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 24. MAI 2019

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

Eröffnungsansprache

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Vor weniger als drei Wochen habe ich mein Amt offiziell angetreten. Schon vor dem 6. Mai hatte ich damit begonnen, einige Gewerkschaftssektionen zu besuchen. Im Emmental, im Berner Oberland und im Wallis nahm ich an Delegiertenversammlungen der Pöstler von Syndicom teil. Ich war an der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich und ich habe mich in Luzern mit einer Delegation des Tessiner Gewerkschaftsbunds getroffen. Am 1. Mai war ich im Olten und Sitten. Und vor einigen Wochen haben auch die ersten Gespräche mit dem Arbeitgeberverband und dem Bundesrat begonnen. Diese Kontakte haben sich intensiviert und führten zu ersten interessanten Projekten.

Weiter haben wir eine Pressekonferenz zur Temporärarbeit durchgeführt. Letzte Woche ist der Vorstand Woche zusammengetreten und diese Woche habe ich mit Luca Cirigliano, Marilia Mendes und Andi Rieger am Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbunds in Wien teilgenommen.

Es war also ein ziemlich aktiver Anfang, aber schliesslich bestimmt die politische und gewerkschaftliche Aktualität den Rhythmus. Es gibt viele brennende Themen und sie sind alle wichtig.

- 1) Das Rahmenabkommen: In den Medien, gegenüber Bundesrat und Arbeitgeberorganisationen haben wir stets die gleiche Linie vertreten. Dieses Rahmenabkommen akzeptieren wir nicht. Wir wenden uns strikt dagegen, dass unsere Lohnschutzmassnahmen vom Europäischen Gerichtshof auf ihre Vereinbarkeit mit den Prinzipien der Dienstleistungsfreiheit untersucht werden. Die Flankierenden Massnahmen sind Schweizer Recht und müssen es bleiben. Wir bestreiten auch, dass die Flankierenden Massnahmen diskriminierend seien. Sie wurden im Gegenteil ins Leben gerufen, um einen ausgewogenen wirtschaftlichen Wettbewerb zu garantieren, in dem alle in der Schweiz tätigen Unternehmen die in der Schweiz üblichen Löhne bezahlen. Die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmenden sind nicht Gegenstand eines Wettbewerbs, in dem derjenige gewinnt, der am schlechtesten zahlt. Schweizer Löhne sowie orts-, branchen- und vertragskonforme Arbeitsbedingungen sind die Basis, auf welcher Wettbewerb überhaupt stattfinden kann. Sie selbst sind nicht Gegenstand des Wettbewerbs.
- 2) Deshalb fordern wir, dass der Bundesrat dieses Abkommen nicht unterzeichnet und es neu aushandelt. Auch die Frage staatlicher Beihilfen gehört zu den Bereichen, die noch geklärt werden müssen. Der Service public in der Schweiz und unsere Besonderheiten in diesem Bereich müssen verteidigt werden. In der Zwischenzeit sollen sich die Debatte und die

Bemühungen auf die Kündigungsinitiative konzentrieren, die unsere bilateralen Verträge mit der Europäischen Union abschaffen würde. In dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung, die keineswegs schon zum Vornherein gewonnen ist, haben wir einen besseren sozialen Schutz insbesondere für ältere Arbeitnehmende verlangt. In der Frage eines besseren Kündigungsschutzes fanden wir leider kein Gehör. Aber wir konnten Arbeitgeberverbände und Bundesrat überzeugen, ein Projekt für Brückenrenten für ausgesteuerte ältere Arbeitslose zu starten. Dieses Projekt hat zur Folge, dass jemand, der/die ab 58 Jahren den Job verliert, die Garantie hat, nicht zur Sozialhilfe gehen zu müssen, wenn er/sie bis zum Ende der Bezugsdauer nicht wieder Arbeit gefunden hat. In meinem Kanton kennen wir ein entsprechendes System seit 2011 und wir haben gesehen, dass es nicht nur den Leuten hilft, sondern auch die Kosten senkt und sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Weder haben die Arbeitgeber plötzlich massenhaft ältere Arbeitnehmende entlassen, noch sind die Kosten explodiert, sie wurden sogar grösstenteils durch Einsparungen bei der Sozialhilfe kompensiert. Und schliesslich haben Zehntausende Arbeitnehmende in den Fünfzigern, die fürchten mussten, noch vor Erreichen des Rentenalters entlassen zu werden, soziale Sicherheit gewonnen.

- 3) Die Frage der Renten drängt sich auf. Wir beschäftigen uns mit der zweiten Säule, die sich in einem surrealen Zustand befindet. Nie war der Akkumulationsrhythmus beim Kapital so hoch (180 Milliarden Franken Zuwachs in den letzten vier Jahren) und gleichzeitig haben sich die Leistungen nie derart katastrophal entwickelt (die Neurenten sanken in etwas über zehn Jahren um 9%). Und schon fordern sie weitere Leistungskürzungen. Gleichzeitig wird das Leben für Rentnerinnen und Rentner teurer, insbesondere auch wegen der steigenden Krankenkassenprämien. Die AHV bietet den mittleren und tiefen Einkommen und insbesondere den Frauen ein unschlagbares Preis-Leistungs-Verhältnis. Deshalb werden wir an unserer nächsten Delegiertenversammlung die Initiative für eine 13. AHV-Rente behandeln. Es hat sich gezeigt, dass sich die Bevölkerung klar für eine Finanzierung der AHV mit neuen Einnahmen ausspricht. Dieses Vorgehen befürworten wir und nicht etwa die Abschaffung der einzigen Bevorzugung der Frauen, die bei weitem nicht die Ungleichheiten ausgleicht, denen sie ihr Leben lang ausgesetzt sind!
- 4) Der Frauen*streik vom 14. Juni kündigt sich als ein Tag an, der die Geschichte unseres Landes prägen kann. Und ich möchte all diejenigen danken, die sich für seine Vorbereitung engagieren. Die Gewerkschaften sind im Herzen dieser Bewegung aktiv, selbst wenn es manchmal schwierig ist, unsere Rolle richtig einzunehmen. Ich plädiere für eine verantwortliche und aktive Rolle. Wir müssen den Hunderten und Tausenden von Frauen und solidarischen Männern, die sich manchmal das erste Mal in einer sozialen Bewegung engagieren, eine Möglichkeit anbieten, dies dauerhaft und kontinuierlich zu tun. Und sich kontinuierlich zu engagieren, heisst sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das bedeutet, dass wir für sie in den Sektionen, an der Basis, attraktive Angebote entwickeln und anbieten müssen, damit wir diese neuen Kräfte aufnehmen und bündeln können. Kontinuität herstellen, das wird auch bedeuten, dieses immense Verlangen nach Gerechtigkeit, das am 14. Juni zum Ausdruck kommen wird, mit konkreten und realisierbaren Positionen umzusetzen.
- 5) Die Kaufkraft, oder vielmehr die Kraft, würdig von seiner Arbeit leben zu können, ist überall in Europa ins Zentrum der Auseinandersetzungen zurückgekehrt. In Deutschland steigen

die Löhne endlich wieder, in Frankreich ist dies die Hauptforderung der Gilets-jaunes-Bewegung. In der Schweiz sinken die Reallöhne seit zwei Jahren leicht (-0,5%), obwohl die Arbeitslosigkeit sinkt und wir ein gutes Wachstum haben. Viel schlimmer ist aber, dass das verfügbare Einkommen noch viel stärker unter Druck gerät, weil zu den sinkenden Real-löhnen noch die Erhöhungen der Krankenkassenprämien kommen (8-10% in den letzten zwei Jahren). Das kann so nicht weitergehen. Es braucht eine Lohnoffensive. Und die Krankenkassenprämien müssen plafoniert werden. Wir unterstützen die SP-Initiative, die eine generelle Begrenzung der Prämien auf 10 Prozent des Nettoeinkommens fordert. Der SGB und seine Verbände haben 20'000 Unterschriften bis zum Sommer versprochen. Momentan sind wir erst bei einem Drittel. Jetzt aber startet diese Initiative durch. Es ist möglich, vor dem Herbst abzuschliessen. Ich ermutige Euch deshalb, das Versprechen einzuhalten. Unsere Mitglieder brauchen eine Deckelung der Prämienlast.

- 6) Schliesslich ist die Stärkung des SGB und seiner Verbände von äusserster Wichtigkeit. Wenn es uns nicht gelingt, unsere Mitgliederzahlen im Moment einer historischen feministischen Volksbewegung zu steigern, im Moment in dem die Gewerkschaften auf markante Weise zeigen, dass sie die Kraft sind, welche die Löhne gegen die neoliberale Offensive in der Schweiz und Europa verteidigt, dann wäre dies unverständlich. Aber der Kampf auf diesen Themen genügt nicht. Er findet auf dem Gelände statt. Am EGB-Kongress berichteten mehrere europäische Gewerkschaften, dass sie nach Jahren der Erosion ihre Mitgliederzahlen massiv erhöhen konnten. Es ist also nichts unabwendbar. Es braucht Arbeit und Ideen

Das ist es, was uns erwartet, liebe Kolleginnen und Kollegen.